



TOP THEMA

Verwaltung mit wenigen Klicks

Die gesetzliche Unfallversicherung im geplanten digitalen Portalverbund des Bundes

Die Bundesregierung treibt die Umsetzung des E-Governments entschieden voran. Mit dem Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs (OZG) soll der im Koalitionsvertrag angekündigte digitale Portalverbund bis 2022 vollständig umgesetzt werden. Das Bürgerportal soll Bürgerinnen und Bürgern alle Verwaltungsleistungen online bereitstellen – unabhängig davon, auf welchem Verwaltungsportal sie einsteigen. Neben den Bundes- und Landesbehörden betrifft dies ebenso die Leistungen der Sozialversicherungen und damit auch der gesetzlichen Unfallversicherung.

Bereits mit der Gesetzesverkündung des OZG hat die gesetzliche Unfallversicherung begonnen, ein Konzept für zwei Verfahren zu entwickeln, die als Pilotprojekte über den Portalverbund angeboten werden sollen: die Erstellung einer Unfallanzeige und die Anmeldung eines Unternehmens bei der Unfallversicherung. Noch in diesem Jahr sollen sie realisiert und schon 2019 im Portalverbund angeboten werden.

Dieser ist jedoch noch nicht vollständig ausgestaltet. Es bedarf einer noch engeren Abstimmung zwischen dem verantwortlichen Ministerium und den Sozialversicherungszweigen, um deren Leistungen in den Verbund einzubinden. Dies betrifft beispielsweise den Leistungskatalog, der die Verwaltungsdienstleistungen sämtlicher Behörden sowie der Sozialversicherungen enthält. Zudem sind wesentliche Spezifika einiger Sozialversicherungszweige hier bisher nicht abgebildet, zum Beispiel die Mitgliederverwaltung der gesetzlichen Unfallversicherung, die nach Branchen (Berufsgenossenschaften) oder Regionen (Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand) organisiert ist.

Voraussichtlich am 25. Oktober 2018 wird der dem Bundesinnenministerium angegliederte IT-Planungsrat die sogenannte Architekturrichtlinie beschließen. Sie legt die Struktur des künftigen Portalverbunds fest und muss dabei die Parameter



Foto: Daniel Berkmann – stock.adobe.com

Der Portalverbund soll in naher Zukunft auch die Beantragung von sozialen Leistungen über einen Online-Zugang ermöglichen. Noch in diesem Jahr sollen die digitale Unfallanzeige und die digitale Unternehmensanmeldung für alle Unfallversicherungsträger realisiert werden.

aller beteiligten Institutionen berücksichtigen. Im August hatte die DGUV alle Sozialversicherungszweige eingeladen, um deren Bedürfnisse festzustellen und bei den Planenden stärker in den Blick zu rücken. „Damit das Bürgerportal die gewünschten Erleichterungen bietet, müssen alle Beteiligten zu Gehör kommen und bei dessen Ausgestaltung mitwirken“, fordert Dr. Joachim Breuer, Hauptgeschäftsführer DGUV.

Die enorme Vielschichtigkeit des Projekts E-Government bedarf einer konzertierten, intensiven Abstimmung. Nur auf einer so erarbeiteten Grundlage kann das Portal funktionieren, das Bürgerinnen und Bürger an jedem Ort und zu jeder Zeit Leistungen der öffentlichen Verwaltung sowie der Sozialversicherungen online bereitstellen soll.

STICHWORT

Auf dem Weg zum Bürgerportal

2013

E-Government-Gesetz tritt in Kraft

2017

OZG verabschiedet

2018 – 2022

schrittweise Umsetzung des Verwaltungsportals des Bundes



Digitale Einheit

Liebe Leserinnen und Leser,

sicher, die Idee des vereinten Europas hat für einige an Glanz verloren. Aber entgegen manch bösem Abgesang ist die Einheit in der Vielfalt – so der Leitspruch der Europäischen Union – aktueller denn je. Unterschiedliche Sprachen und Traditionen werden unter dem Dach „Europa“ zusammengeführt. Länder sind Nachbarn ohne Grenzen. Die Offenheit fördert den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch. Das stärkt den Zusammenhalt und sorgt am Ende für ein friedliches und reges Neben- und Miteinander. Ganz ohne Gesetze und Verwaltungsakte geht das aber nicht. Es bedarf einer Koordinierung – nicht nur zwischen, sondern auch in den EU-Staaten. Diese braucht allerdings Zeit. Bestes Beispiel ist derzeit die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Das ist nicht nur ein nationales Thema. Unter dem Schlagwort E-Government sollen nationale Behördenverfahren auch europaweit online verfügbar sein. Das Ziel: die Freizügigkeit der Unternehmen und EU-Bürgerinnen und -Bürger fördern. Dieser Schritt ist richtig. Doch die Herausforderungen stecken im Detail. Die Umstellung auf Mehrsprachigkeit erfordert einen komplexen Eingriff in die genutzte IT-Infrastruktur. Und ist es wirklich tragbar, alle Verfahren und Leistungen einheitlich und europaweit anzubieten? Das Spannungsfeld zwischen digitaler Einheit einerseits und dem Eingriff in die Autonomie nationaler Verwaltungsverfahren andererseits ist offensichtlich. Umso wichtiger ist der offene Dialog. Und eines ist klar: Es geht um nicht weniger als ein Stück Zukunftsfähigkeit für das vereinte Europa.

Ihr


Dr. Joachim Breuer

Hauptgeschäftsführer der DGUV

„Selbstständige müssen vorsorgen“

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt. Die Grenzen zwischen abhängiger Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit verschwimmen. Verschiedene Erwerbsformen sowie Zwischenformen und Kombinationen wechseln einander ab. Die sozialen Sicherungssysteme sind aber überwiegend an das Beschäftigungsverhältnis gebunden. Reicht das für die Zukunft und warum sollten auch Selbstständige zu Altersvorsorge und Unfallversicherungsschutz verpflichtet werden? DGUV Kompakt sprach dazu mit Prof. Dr. Rainer Schlegel, Präsident des Bundessozialgerichts.

Herr Schlegel, wie verändert die Digitalisierung unsere Arbeitswelt?

Für mich ist Digitalisierung eher ein Oberbegriff für Veränderungen in der Arbeitswelt, durch die eine zufriedenstellende Abgrenzung abhängiger Beschäftigung von selbstständiger Tätigkeit immer schwieriger wird. Zu nennen ist zum Beispiel die Computerisierung. Sie führt dazu, dass Arbeit vielfach keinen physischen Arbeitsplatz in einem Betrieb mehr voraussetzt und mit dem Laptop zu jeder Zeit und an jedem Ort gearbeitet werden kann. Die Abgrenzungskriterien, dass Arbeit nach Weisung des Auftraggebers bezüglich Art, Zeit und Ort der Tätigkeit verrichtet wird, verlieren an Bedeutung. Kombiniert mit einem weltweiten Datennetz führt dies zu einer Beschleunigung ungeahnten Ausmaßes, die Reaktions- und Überlegungszeiten minimiert und Erreichbarkeit an jedem Ort der Welt garantiert. Geschäfte können über Internetplattformen abgewickelt werden. Verschiedene Erwerbsformen, abhängige Beschäftigung, selbstständige Tätigkeit, Zwischenformen und Kombinationen etc. wechseln einander ab. Erwerbstätige, insbesondere Hochqualifizierte, entfernen sich vom klassischen Bild des typischen, festangestellten Fabrikarbeiters oder Büroangestellten; ihre Arbeitseinsätze werden immer kürzer, zum Teil bei wechselnden Arbeit- bzw. Auftraggebern bis hin zu tageweisen Engagements. Man kennt dies von den „Gigs“ bei Musikern. Allerdings sind die sogenannten Crowdworker oder Clickworker beim Bundessozialgericht bislang nicht in Form konkreter Rechtsfälle angekommen.

Bislang sind die sozialen Sicherungssysteme überwiegend an das Beschäftigungsverhältnis gebunden. Wird dies auch in Zukunft ausreichen?

Wie schon im 19. Jahrhundert gehen wir immer noch von einem strengen Dualismus zwischen abhängiger Beschäftigung und selbstständiger Erwerbstätigkeit aus. Wer abhängig beschäftigt ist, unterliegt – ob er will oder nicht – in allen Zweigen der Sozialversicherung der Versicherungs- und Beitragspflicht und untersteht zudem dem Schutz des Arbeitsrechts. Beschäftigte sind durch die Anordnung der Versicherungspflicht gehalten, eine an sich selbstverständliche Vorsorge für Zeiten zu schaffen, in denen das Erwerbseinkommen ausfällt, weil die Arbeitskraft z.B. wegen Krankheit, Alter oder Invalidität nicht mehr verwertet werden kann. Weil sich die Höhe der Beiträge nach dem Arbeitsentgelt richtet, ist der Einzelne auch in der Lage, den Versicherungsschutz zu finanzieren. Die Allgemeinheit schützt sich bei Arbeitnehmern durch die Anordnung des Versicherungszwanges davor, dass der Einzelne Sozialhilfe in Anspruch nehmen muss, was bei mangelnder Eigenvorsorge zu befürchten wäre. Weshalb dies bei Selbstständigen ganz anders sein soll, leuchtet mir nicht ein, vor allem nicht, wenn man bedenkt, dass die Quote der Sozialhilfeempfänger im Alter bei den ehemals Selbstständigen viel höher ist als bei den früher abhängig Beschäftigten. Insoweit besteht dringender Handlungsbedarf.

Die aktuelle Bundesregierung will Selbstständige zur Altersvorsorge verpflichten. Wie beurteilen Sie diesen Ansatz?

Absolut positiv. Wichtig ist, dass auch die Selbstständigen in der Lage sind, ihre Beiträge zu zahlen und dass diese auch tatsächlich eingezogen werden. Bei Arbeitnehmern garantiert die Indienstnahme der Arbeitgeber zur Durchführung des Beitragseinzugs im Quellenabzugsverfahren ein Höchstmaß



Foto: nemetus – stock.adobe.com

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt: Auch aufgrund mobiler Arbeitsmittel verschwimmen die Grenzen zwischen abhängiger Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit zunehmend. Verschiedene Erwerbsformen sowie Zwischenformen und Kombinationen wechseln einander ab.

an Effektivität. Bei der Beantwortung der Frage, ob es auch für versicherungspflichtige oder zur sonstigen Vorsorge verpflichtete Selbstständige ein vergleichbares Verfahren geben könnte, ist Phantasie gefragt. Zu überlegen ist, ob die jeweiligen Auftraggeber – und zu diesen gehören auch Plattformen der Digitalwirtschaft – zur Zahlung von Beiträgen aus dem Auftragsvolumen direkt an die Versicherungsträger verpflichtet werden können. Bei Nichterfüllung ihrer Abführpflicht müssten sie selbst haften.

Innerhalb der gesetzlichen Unfallversicherung gibt es Stimmen, die den Unfallversicherungsschutz auf alle selbstständig Erwerbstätigen ausdehnen wollen.

Auch dies sehe ich positiv. Viele Unternehmer versichern sich in der gesetzlichen Unfallversicherung freiwillig, weil es gar keinen besseren Schutz gibt. Wer klug ist, macht von sich aus von dieser Möglichkeit Gebrauch. Vor allem bei den sog. Soloselbstständigen kann auf Unfallversicherungsschutz – und übrigens auch ein Mindestmaß an Arbeitsschutz – nicht ver-

zichtet werden. Insoweit gilt nichts anderes als bei der Frage der Altersvorsorge. Die Allgemeinheit muss sich durch die Anordnung von Versicherungspflicht davor schützen, dass der einzelne Selbstständige keine Vorsorge für Arbeitsunfälle trifft. Denn wenn bei einem Selbstständigen ein schwerer Arbeitsunfall eintritt, droht auch ihm Einkommensverlust. Zudem würde die Anordnung von Versicherungspflicht für alle Selbstständigen dazu führen, dass sie sich die Kosten für eine private Arbeitsunfallversicherung sparen, beziehungsweise bestehende private Verträge auf nicht durch die gesetzliche Unfallversicherung gedeckte Schäden zurückfahren könnten.

Mehr in DGV Forum 9/2018

Web: www.dguforum.de



Prof. Dr. Rainer Schlegel
Präsident des Bundessozialgerichts

Foto: Bundessozialgericht,
PicturePeople Kassel

ZUM THEMA

Europaweit digital

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist nicht nur ein nationales Thema. Das Europäische Parlament und der Rat einigten sich im Juni 2018 auf einen Kompromiss zur Umsetzung des zentralen digitalen Zugangstors auf europäischer Ebene, der nun noch förmlich bestätigt werden muss.

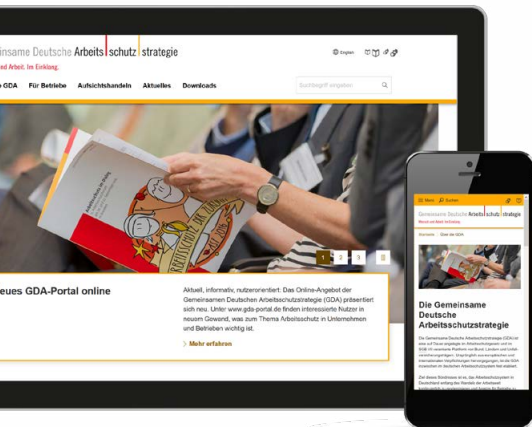
Das geplante europäische digitale Zugangstor weist Ähnlichkeiten mit dem Projekt des deutschen Portalverbunds auf, das noch in diesem Jahr starten soll. Umgesetzt werden soll das digitale Zugangstor mithilfe der Nutzerschnittstelle „Your Europe“. Ziel ist es, den EU-Bürgerinnen und Bürgern so den zentralen Zugang zu nationalen öffentlichen Verwaltungsverfahren zu ermöglichen – auch in grenzüberschreitenden Situationen. Konkrete Beispiele wären die Anmeldung eines Kraftfahrzeugs, eine Unternehmensgründung oder die Beantragung von Sozialleistungen. Dafür muss eine Reihe öffentlicher Verwaltungsverfahren, soweit sie analog zur Verfügung stehen, in Zukunft in vollem Umfang auch online angeboten werden. Und dies in einer weiteren Sprache, die von der größtmöglichen Anzahl grenzüberschreitender Nutzer und Nutzerinnen verstanden wird – dies dürfte wohl Englisch sein.

In einem gemeinsamen Positionspapier der Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung wird in diesem Zusammenhang auf den erheblichen Mehraufwand und die zusätzlichen Kosten hingewiesen sowie auf den Grundsatz, dass seitens der EU nicht in nationale Verwaltungsverfahren eingegriffen werden darf. Da sowohl die Einrichtung des deutschen Portalverbunds als auch die Vorgaben der EU zur Einrichtung eines zentralen digitalen Zugangstors zur Verknüpfung der nationalen Websites unmittelbar zusammenhängen, sollten beide Prozesse parallel geplant und ausgeführt werden, um vermeidbare Mehraufwände oder nachträgliche Anpassungen abzuwenden.

Web: www.dsv-europa.de

> Positionspapiere

Neues GDA-Portal online



Das neue GDA-Portal wurde auch für mobile Geräte optimiert.
Web: www.gda-portal.de

Informativ, modern und nutzerorientiert: Das neue Portal der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) ist online. Die Plattform der Aktion von Bund, Ländern und Unfallversicherungsträgern zur Stärkung von Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz stellt mit einer neuen Menü-Struktur und einer intuitiven Nutzerführung Informationen rund um den Arbeitsschutz bereit. Für Betriebe gibt es vielfältige Angebote wie Online-Checks, Leitfäden, Filme und Informationsmaterialien aus den GDA-Arbeitsprogrammen – auch für den direkten Einsatz im Betrieb. Speziell für das Aufsichtspersonal stehen die Leitlinien zur Durchführung der Beratungs- und Überwachungstätigkeit zur Verfügung. Ziel des neuen Portals ist es, mehr Betriebe, die Verantwortlichen im Arbeitsschutz und das Aufsichtspersonal besser zu erreichen. Alle Materialien sind frei zugänglich.

MELDUNG

Kreis der „kommmittmenschen“ wächst

Sicherheit und Gesundheit sollten stets Vorrang haben – und das in allen Lebensbereichen. Davon sind auch die Kooperationspartner der Präventionskampagne **kommmittmensch** überzeugt. Auch sie wollen Menschen dafür begeistern, Sicherheit und Gesundheit als zentrale Werte bei ihren Entscheidungen und Aktivitäten zu berücksichtigen und eine Kultur der Prävention zu schaffen. Seit dem Start der Kampagne der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen im Oktober 2017 konnten folgende Partner für **kommmittmensch** gewonnen werden:

- ▶ Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR)
- ▶ Verband für Sicherheit, Gesundheit und Umweltschutz bei der Arbeit (VDSI)
- ▶ Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG)
- ▶ Offensive Mittelstand – Gut für Deutschland



Foto: Jan-Peter Schulz / DGUV

Dr. Susanne Woelk, Geschäftsführerin von Aktion Das sichere Haus, und Gregor Doepke, Leiter Kommunikation DGUV, besiegeln die **kommmittmensch**-Partnerschaft.

- ▶ Mediathek für Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung (www.arbeitsschutzfilm.de)
- ▶ Aktion DAS SICHERE HAUS (DSH)

Web: www.kommmittmensch.de



Foto: zeichensetzen / Harms

Inklusionspreis für die Wirtschaft

2019 wird zum siebten Mal der „Inklusionspreis für die Wirtschaft“ verliehen. Prämiert werden besonders gute Beispiele für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Betrieben. Ab sofort können sich Unternehmen aller Größenordnungen bewerben.

Web: www.inklusionspreis.de

TERMINE

26. September – 27. September
13. Arbeitsschutzforum
BERLIN
www.gda-portal.de

4. Oktober 2018
Arbeitszeit in Deutschland
DORTMUND
www.baua.de

8. – 12. Oktober 2018
Erlebniswelt Arbeit der Zukunft
BERLIN
www.wissenschaftsjahr.de

23. – 25. Oktober 2018
Arbeitsschutz Aktuell
STUTTGART
www.arbeitsschutz-aktuell.de

ZAHL DES MONATS

8.352.144

... Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen standen 2017 unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

IMPRESSUM

Herausgegeben von: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Dr. Joachim Breuer (Hauptgeschäftsführer). Die DGUV ist der Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand.

Herausgeberbeirat:

Dr. Renate Colella (Vorsitz), Udo Diel, Dominique Dressler, Prof. Dr. med. Axel Ekkernkamp, Markus Hofmann, Gabriele Pappai, Dr. Udo Schöpf, Karl-Sebastian Schulte

Chefredaktion: Gregor Doepke, Kathrin Baltscheid, DGUV, Glinkastr. 40, 10117 Berlin

Redaktion: Kathrin Baltscheid, Stefan Boltz, Katharina Braun, Diana Grupp, Jan-Peter Schulz

Grafik: Christoph Schmid, www.christophschmid.com

Verlag: Quadriga Media Berlin GmbH, Werderscher Markt 13, 10117 Berlin

Druck: DCM Druckcenter Meckenheim

FOLGEN SIE UNS AUF TWITTER

 **@DGUVKompakt**

Nachrichten live aus der Redaktion:
www.twitter.com/DGUVKompakt

Kontakt

KOMPACT@DGUV.DE
WWW.DGUV.DE/KOMPACT